

Frank Preiß

## Putins Plan

### Prolog in Asien:

*Am 9. Februar meldete das Tokioter Außenministerium, ein russländischer strategischer Bomber vom Typ TU-95 sei um 07.30 Uhr Ortszeit für 3 Minuten über japanisches Hoheitsgebiet geflogen. Russland bestätigte umgehend, dass strategische Fliegerkräfte der 37. Luftarmee mit derartigen Maschinen (Geschwindigkeit ca. 880 km/h, Reichweite ca. 5.000 km) zu planmäßigen Patrouillenflügen im Stillen Ozean im Einsatz gewesen seien. Von Seiten der Streitkräfte meinte ein Pressesprecher, Oberst Alexandr Drobyschewski, es habe jedoch keine unrechtmäßigen Handlungen gegeben. Das Außenministerium erklärte schließlich abwiegend, man nehme den Protest Tokios trotzdem ernst und werde die Sache gebührend prüfen. Am gleichen Tag schließlich starteten vom Flugzeugträger USS „Nimitz“, der sich in internationalen Gewässern südlich Japans befand, vier Abfangjäger. Grund sei nach amerikanischen Angaben gewesen, dass eine TU-95 das Schiff in 610 Meter Höhe überflog. In Russland trafen die Meldungen und die folgenden Reaktionen auf Unverständnis. Man könne sich nicht erklären, warum die eher lapidaren Geschehnisse den Weg in die Headlines der internationalen Medien fanden, so etliche Beobachter. Andere Mächte verursachten doch weitaus brisantere Zwischenfälle, ohne dass dies an die große Glocke gehängt würde. Ob es da gar eine Münchener Spur gebe...?*

In diesem Jahr ist er ausgeblieben, der große Rummel nach dem Auftritt des russländischen Delegationsleiters auf der „Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik“. Kaum jemand hätte aber auch erwartet, dass Vizepremier Sergej Iwanow den vorjährigen Auftritt Wladimir Putins toppen würde.

Schaut man sich Iwanows Rede jedoch genauer an und betrachtet die aktuellen Begleitumstände, dann entsteht bei weitem nicht der Eindruck, im Osten gäbe es gar nichts Neues. Nachdem Russlands Präsident im Vorjahr dem Westen vorgeworfen hatte, einen neuen Kalten Krieg zu entfachen und mit einer Politik der „doppelten Standards“ Russland nicht nur zu düpiieren sondern auch zu zwingen, sich einem Diktat von außen unterzuordnen, hielt sich Iwanow, der hierzulande eigentlich den „Falken“ zugerechnet wird, mit allzu starken Worten sichtlich zurück. Seine Rede, die er auf Englisch begann, kann man mit dem folgenden Satz beschreiben: Russlands Außen- und Sicherheitspolitik wird sich kurz- und mittelfristig lediglich in Nuancen verändern.

General Iwanow, der, wenngleich er nicht in das Rennen um Präsident Putins Nachfolge geht, oder geschickt wird, auch nach den Wahlen im März

offenbar eine wichtige Rolle spielen wird, versicherte in München, dass die Russländer bei den Wahlen den bisherigen Kurs der „evolutionären Entwicklung“ unterstützen werden. Er erklärte, Russland bewege sich in Richtung einer „sozial orientierten Marktwirtschaft“ und strebe eine enge internationale Zusammenarbeit an. Hätte sich der Redner weiter mit der Aufzählung inhaltlich schwammiger, frei interpretierbarer Politfloskeln begnügt, so hätte der Emissär des Kremls sicher eine gute Presse bekommen. Mit dem deutlich platzierten Hinweis, dass die Werte des Westens kein unverrückbarer Maßstab für sein Land sein können, machte der Redner aber schnell klar, dass Russlands politische und wirtschaftliche Eliten nicht daran denken, den von ihnen erwarteten Kotau zu machen. Er umschrieb das freilich diplomatischer: „Wir achten jene Werte, die in Europa und den USA im Laufe der Jahrhunderte kultiviert wurden. Wir sind uns aber auch völlig darüber im Klaren, dass diese nicht als unverrückbares Richtmaß dienen können, an denen alle Völker der Welt ihre politischen Systeme, ihre nationalen Kulturen, ihre Glaubensbekenntnisse und ihre Mentalität zu messen haben.“

Der langjährige Verteidigungsminister, der in seiner jetzigen Funktion für einen Großteil der Wirtschaft und vor allem auch der Rüstungsindustrie verantwortlich ist, fand in dem der Ökonomie gewidmeten Teil seiner Rede klare Worte: „Wir haben nicht die Absicht, mit unseren Ödollars die ganze Alte Welt zu kaufen. Wenn wir aber internationale Investoren zu uns lassen sollen, dann rechnen wir damit, dass man uns im Ausland adäquat behandelt, umso mehr, als das gegenwärtige Verhältnis der Investitionen 10:1 zugunsten der EU beträgt. Man bereite in Russland nunmehr die rechtlichen Grundlagen dafür vor, dass ausländische Investoren auch in die sogenannten strategischen Wirtschaftsbereiche des Landes einsteigen könnten.“

Iwanow versicherte, dass Russland mit der geplanten verstärkten Zuwendung hin zu Wirtschaftsbereichen, die nicht direkt mit der Rohstoffgewinnung verbunden sind, nicht beabsichtige, die Energiesicherheit der Nachbarländer in Frage zu stellen und von vertraglichen Vereinbarungen abzurücken. Er machte aber klar, dass man darauf abziele, sich künftig weniger von der „politischen Konjunktur in einigen Transitstaaten“ abhängig zu machen. Man muss kein Prophet sein, um zu vermuten, dass diese Worte sowohl in Warschau als auch in Kiew, Minsk, Baku und Tiflis mit großer Aufmerksamkeit zu Kenntnis genommen werden.

Fast synchron zu Wladimir Putin, der in Moskau am 8. Februar vor dem Staatsrat in Moskau seinen „Plan 2020“ darlegte, teilte Iwanow den hochrangigen Zuhörern mit, dass Russland beabsichtige, in den nächsten 12 Jahren in die Gruppe der fünf mächtigsten Industriestaaten vorzustoßen. Das Bruttonationaleinkommen soll dann 30.000 US-Dollar pro Kopf der Bevölkerung betragen (2004 ca. 3.400).

Dieses Vorhaben erscheint phantastisch. Aber war es nicht schon ein kleines Wunder, dass sich das Land in den letzten Jahren stabilisierte? Zwischen der Verhütung des Allerschlimmsten und dem umfassenden Auf-

schwung liegen allerdings Welten. Wer im Westen aufgewachsen ist, dort sozialisiert wurde und Russland nur aus den Massenmedien kennt, dem kommt dies verständlicherweise wie die moderne Form der Potemkinschen Dörfer vor. Und auch in Russland trifft man auf Schritt und Tritt auf Skepsis und Pessimismus.

Es ist jedoch zu bedenken, dass der immer mehr in Fahrt kommende Kapitalismus das Land mit brachialer Wucht umkrepelt. Dort zeigen Mechanismen und Hebel noch ungeheure Wirkung, die im Westen augenscheinlich schon erlahmt und verschlissen sind. In Russland sind die „bürgerlichen Produktions- und Verkehrsverhältnisse, die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse, die moderne bürgerliche Gesellschaft, die so gewaltige Produktions- und Verkehrsmittel hervorgezaubert hat...<sup>1</sup>“ noch im Wachsen. Diese Entwicklung verläuft ungestüm und rasant. Die ihr innewohnenden Widersprüche wachsen nicht weniger stürmisch. Die nachholende Modernisierung, vom „Staatssozialismus“ in wichtigen Sphären blockiert, nimmt immer mehr Fahrt auf.

Russlands neue Eliten müssen und wollen sich diesen Herausforderungen stellen. Sie können dabei aber nur partiell auf die Erfahrung des Westens zählen. Blindes Kopieren scheitert an der Spezifik des Landes, wie die 1990er Jahre eindrucksvoll bewiesen haben. Man beschreitet eigene Wege. Eine weitere Zerstückelung des Landes und eine Existenz als quasi abhängiger Rohstofflieferant widersprechen erstens den partiellen Interessen der neuen Oberschicht, die die Ernte der Transformation selbst einbringen will. Der relativ eigenständige Kurs findet zweitens auch die Unterstützung eines Großteils der Bevölkerung. Diese sieht nicht nur die reale Möglichkeit ihres sozialen Aufstiegs in die Mittelschicht. Die erbarmungslose Zurichtung abhängiger Länder der Dritten Welt durch den Westen steht außerdem als Schreckgespenst immer vor den Augen. Drittens birgt der eingeschlagene Kurs die Möglichkeit, jene Momente zu bewahren, die sich als lebensfähig und hilfreich für die künftige Entwicklung erwiesen haben. 70 Jahre Sowjetunion waren eben nicht nur der antikommunistische Terror unter Jossif Stalin oder der schleichende geistig-kulturelle, politische und wirtschaftliche Zersetzungsprozess der Breschnewschen „Stillstandsperiode“.

Nicht zuletzt zeigt sich in den letzten Jahren viertens, dass ein Russland, welches eigenständig seine nationale Interessen formuliert und diese unter Beachtung des Völkerrechtes durchzusetzen versucht, sogar zu einem friedensstabilisierenden Faktor werden kann. Hinzu kommt, dass man in der Tat nach bürgerlicher Demokratie und Rechtsstaatlichkeit strebt. Dass dieser Prozess angesichts der geschichtlichen Entwicklung und in Anbetracht der, dem sich stürmisch entwickelnden Kapitalismus innewohnenden, Widersprüche sehr kompliziert ist, kann nur Ignoranten oder Böswillige verwundern.

---

<sup>1</sup> Marx/Engels: Manifest der kommunistischen Partei. MEW Bd. 4, S. 467.

Die russländischen Eliten, die einen Präsidenten Wladimir Putin hervorgebracht haben und die Dmitri Medwedjew zu dessen Nachfolger kürten, sind in einem, vor allem für die einheimische Bevölkerung, schmerzlichen Prozess offenbar zu dem Schluss gekommen, dass die komplizierten Entwicklungsprobleme einer spezifischen Führung und Direktion bedürfen. Diese entsprechen logischerweise nicht dem westlichen Muster. Russlands Führung will sich nicht ihrer Einwirkungsmöglichkeiten berauben lassen und die Entwicklung „lenken“. Hier ist eine der wichtigsten Ursachen für die Konzeptionen der „gelenkten Demokratie“ und der „vertikalen Macht“ zu suchen. Hierzulande sollte man sich darüber nicht allzu sehr mokieren. Viele im Westen „unsichtbare Hebel“ gibt es in Russland eben einfach (noch) nicht. So ist eine Zivilgesellschaft erst im Entstehen. Sachliche Kritik und kritische Reflexion sind aber unerlässlich.

Zurück zur Münchener Konferenz. Iwanow war sichtlich bemüht, etwaige Befürchtungen vor Russlands künftiger wirtschaftlicher Stärke zu zerstreuen: Russland sei „auch weiterhin keine Gefahr für die Sicherheit anderer Staaten, obgleich sein Einfluss auf die globalen Prozesse wächst und weiter wachsen wird.“ Man strebe keine Schaffung von Militärblöcken an: „Russland hat einen anderen Weg gewählt - den Weg der Entwicklung einer multivektoriellen Zusammenarbeit mit den verschiedensten Staaten der Welt“.

Sergej Iwanow bedauerte, dass sich die USA und sein Land bisher noch nicht auf eine eindeutige Definition des Begriffes „Terrorismus“ einigen konnten. Er sieht darin keinen Zufall. Ohne konkrete Länder zu nennen, erklärte er: „Unter dem Deckmantel antiterroristischer Handlungen sind einige Länder bestrebt, unter allen Umständen eigene geopolitische und wirtschaftliche Interessen zu verfolgen.“ Damit kein großes Rätselraten in der Runde darüber entsteht, wer diese Ländern wohl sein könnten, erläutert der Vizepremier die Positionen seines Landes zu den Fragen der strategischen Kernwaffen und zur geplanten amerikanischen Raketenabwehr und deren osteuropäischen Komponenten auf den Territorien Polens und Tschechiens. Iwanow unterstrich erneut Russlands Auffassung, dass der neue Vertrag, der die bald auslaufenden russländisch-amerikanische Vereinbarung über die strategischen Angriffswaffen ablöse, künftig auch die Reduzierung der Kernwaffen aller Mitglieder des „atomaren Klubs“ festschreiben müsse.

Mit Blick auf die OSZE und die „Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit“<sup>2</sup> (OVKS) meinte Iwanow, dass diese darauf ausgerichtet seien, die Sicherheit der einen nicht auf Kosten der Anderen zu gewährleisten. Ein deutlicher Seitenhieb auf die NATO!

---

<sup>2</sup> Gründungsjahr: 1992, Mitglieder: Russland, Belarus, Kasachstan, Armenien, Kirgistan, Usbekistan, Tadschikistan.

Zum geplanten amerikanischen Raketenabwehrschild mit Elementen in Osteuropa kündigte Iwanow „gewisse Maßnahmen“ an, ohne diese jedoch näher zu erläutern. Er meinte lediglich, diese seien „effektiv und angemessen“. Was wie ein Orakel klingt, wird unter russländischen Fachleuten schon längst detailliert und offen diskutiert und ist auch den Militärexperten der NATO und des Pentagon bestens bekannt.

Alles deutet auf eine sogenannte asymmetrische Reaktion hin. Das reicht von der Ausrüstung der vorhandenen Raketen mit neuen Mehrfachsprengköpfen bis hin zur erwogenen Wiedereinführung bzw. Weiterentwicklung von Kurz- und Mittelstreckenraketen. Erinnerung sei hier nur an das Raketen-System „Iskandr-E“. Auch die im August 2007 erfolgte Wiederaufnahme der Patrouillenflüge der Fernfliegerkräfte in weit von Russland entfernte Regionen ist durchaus in diesem Zusammenhang zu sehen. Sicher nicht zufällig ist ein Marineverband mit dem einzigen noch verbliebenen Flugdeckkreuzer „Admiral Kusnezow“ erst vor wenigen Tagen mit großem Pomp von einer Atlantikfahrt zurückgekehrt.

Was unter Fachleuten auch kein Geheimnis ist und was manchen Vertreter des westlichen Bündnisses im Konferenzsaal vielleicht sogar „beruhigt“ haben mag: Russlands Militärmacht, seine Truppen, seine Rüstungsindustrie sind nur noch ein siecher Schatten der einstmals so mächtigen Sowjetarmee. Die viel gerühmten TOPOL-Raketen werden bislang in so geringer Stückzahl hergestellt, dass sie die ausgemusterten Waffen weder qualitativ noch quantitativ ersetzen können. Russlands Kernwaffenmacht schmilzt wie der Schnee im Frühling. Die seegestützte Rakete mit dem bezeichnenden Namen „Bulawa“ (Keule) hat erst nach vielen Misserfolgen fliegen gelernt und offenbar noch eine Menge technischer Probleme. Die Armee bekam in den letzten Jahren nur vereinzelt moderne konventionelle Waffen. Jetzt, wo das Geld endlich wieder zur Verfügung steht, sind viele Rüstungsschmieden gar nicht mehr in der Lage, hochwertige Waffen und Ausrüstung zu liefern. Es war Sergej Iwanow selbst, der vor einigen Tagen vor die Presse trat und sich äußerst erregt darüber beschwerte, dass sogar die einigermaßen gehätschelte Raumfahrtindustrie ersthafte Zeichen von Degeneration aufweise. Das so dringend, nicht nur als wirtschaftliche Erfolgsstory und Prestigeobjekt, benötigte russländische Navigationssystem „Glonass“ kommt aus den Kinderschuhen einfach nicht heraus. Auch die Armee selbst kämpft nach wie vor mit solch alltäglichen Problemen wie Recht- und Disziplinlosigkeit, Korruption und mangelnde Motivation. Diese Aufzählung ließe sich noch lange fortschreiben.

Man sollte es aber nicht nur als Zeichen der Schwäche werten, wenn Russland versucht, eine neue Runde der Raketenrüstung, die letztendlich in eine Weltraumrüstung mündet, zu verhindern. Die Russländer wissen freilich, dass die jährliche Runde in München bislang der falsche Ort für neue Schritte zur Abrüstung ist. Daher hat Außenminister Lawrow am 12. Februar auf einer UNO-Konferenz in Genf eine russländisch-chinesische Initiative zum Verbot der Weltraumrüstung vorgestellt. Lawrow sprach auch zur Raketenabwehr und zum Kosovo. Postwendend auch hier die

amerikanische Reaktion: Nichts Neues, was uns veranlassen könnte, die eigenen Pläne zu überdenken.

Kein Wunder, dass es in Russland viele Stimmen gibt, die meinen, dass man mit ihrem Land nur deshalb so umgehen könne, weil es als Verlierer des Kalten Krieges geschlagen am Boden liegt. Jüngste Umfragen in Russland haben deutlich gezeigt, dass die USA dort von einer Mehrheit als „nicht freundlich gesinnte Macht“ wahrgenommen wird. Als sich Präsident Putin öffentlich einmal darüber beschwerte, dass der Westen offenbar nur den Starken achte, sprach er seinen Landleuten aus dem Herzen.

Eines aber sollte keiner außer Acht lassen: Das Tempo des Zerfalls hat sich stark verringert, und es ist Putin und seinen Leuten gelungen, diesen in einigen wichtigen Bereichen sogar zu stoppen. Der nächste Präsident wird gezwungen sein, diesen Prozess fortzuführen. Egal, ob er hierzulande als „prowestlich“, „konservativ“, „demokratisch“ oder sonstwie apostrophiert wird. Er wird nicht umhinkommen, auch die Streitkräfte und die Rüstungsindustrie weiter auszubauen. Viele Anzeichen deuten dabei aber darauf hin, dass Russland weiterhin nichtgewaltsame Mittel zu Lösung strittiger Fragen bevorzugt und gleichzeitig bei Fragen, die als prinzipiell wichtig eingestuft werden, auch Härte und Unnachgiebigkeit zeigen wird.

Der Auftritt des russländischen Delegationsleiters in der bayrischen Hauptstadt wäre freilich unvollständig gewesen, wenn nicht auch das Problem des Kosovo zu Sprache gekommen wäre. Hier legte der Redner die bereits hinlänglich bekannte Position Russlands dar, dass es keine einseitigen Veränderungen der international anerkannten Staatsgrenzen geben dürfe. Wenn man dem Kosovo die Unabhängigkeit „zugestehe“, dann müsse man dies auch für Nordzypern tun. Er sieht in der Kosovofrage einen Präzedenzfall und glaubt, damit werde die Büchse der Pandora weit geöffnet. Hier kommt man nicht umhin zu bemerken, dass es Russland mit derartigen Äußerungen ernst zu sein scheint. Im eigenen Land wird diese prinzipielle Haltung jedoch teilweise heftig kritisiert. Nicht wenige meinen, dass der Fall Kosovo den „nicht anerkannten Staaten“ Abchasien, Südossetien und der „Dnestrrepublik“ endlich den Vorwand und die vermeintliche rechtliche Grundlage für die Sezession gebe. Die Mehrzahl der Bewohner dieser Länder strebt einen schnellen Anschluss an die Russländische Föderation an. Die künftigen NATO-Kandidaten Moldova und Georgien verurteilen dies jedoch mit dem Hinweis auf geltendes Recht. Bislang hat sich Russland nicht dazu hinreißen lassen, den ersten Stein zur Vernichtung der Nachkriegsordnung zu werfen. Wie es nach einer Unabhängigkeit des Kosovo reagiert, bleibt abzuwarten.

Der Erste Vizepremier Iwanow verabschiedete sich von den Zuhörern mit einem Wunsch: Er hoffe, dass es mit gemeinsamen Anstrengungen bei der Ausarbeitung der internationalen Strategie gelinge, „die unseren Saaten innewohnende Macht effektiv zu verteilen und damit die Welt ruhiger und stabiler zu machen“.

Während sein langjähriger Mitstreiter in München Flagge zeigte, war der Kremlchef zu Hause wieder einmal damit beschäftigt, die Weichen für die Zeit zu stellen, in denen er (zumindest offiziell) nicht mehr der erste Mann im Kreml sein wird. In der eingangs erwähnten Rede malte Wladimir Putin nicht nur eine lichte Zukunft an die Wand. Er zeigte durchaus Maß in der Einschätzung der Ergebnisse seiner Präsidentschaft. Auf der Habenseite nannte er die Entfernung der Oligarchen von der Macht, die „Rückkehr der Macht zum Volk“ sowie die Überwindung des Separatismus und Erfolge im Kampf gegen den Terrorismus.

Das Comeback Russlands als wichtiger Spieler in der internationalen Arena fand dagegen keine Erwähnung. Überhaupt hielt sich Putin hinsichtlich der Außenpolitik auffallend zurück. Die Aufzählung seiner innenpolitischen Erfolge war knapp und präzise. Er nannte nur die unumstößlichen Fakten, die auch Iwan-Normalverbraucher bestätigen würde. Es ist unumstritten, dass es den Bürgern Russlands erstens weitaus besser geht als vor 8 Jahren. Zweitens ist augenscheinlich, dass es noch unendlich viel zu tun gibt. Not und Elend sind außerhalb der Nobelmeilen der Großstädte auf Schritt und Tritt präsent. Und genau hier setzt der „Putinplan“ an. 2020 sollen zwei Drittel der Russländer zum Mittelstand zählen, die mittlere Lebenserwartung soll sich von 65 Jahren (2004) auf 75 Jahre verlängern. All das erfordert die Steigerung der Arbeitsproduktivität, so jedenfalls meint Putin, um das Vierfache. Keine leichten Vorgaben, die der Nachfolger da mit auf den Weg bekommt.

Die Kompassnadel zeigt somit eher auf den Bau von Schulen und Krankenhäusern als auf eine hemmungslose Rüstung. All das will man aber nicht dem Spiel der „freien Marktkräfte“ überlassen. Deren Wirkung ist den Russländern aus den 1990er Jahren noch in schmerzlicher Erinnerung. Von neoliberalen Dogmen hat man sich daher leise verabschiedet, ohne aber die Spielregeln des Kapitalismus zu vergessen. Den stellen in Russland bislang nur Wenige grundsätzlich in Frage. Ob sich deren Zahl bis 2020 erhöht, hängt auch davon ab, wie erfolgreich Putins Plan sein wird.

(Februar 2008)